

K-3 Solidarität statt Krisen!

Gremium: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 06.09.2022
Tagesordnungspunkt: K Solidarität statt Krisen!

Antragstext

Solidarität statt Krisen!

Die Welt verändert sich immer rasanter. Mit dem Krieg in der Ukraine verstärken sich gesellschaftliche Krisen, die durch die Corona-Pandemie sowieso befeuert wurden. Immer mehr Menschen leben in Armut, sind auf den Zweit- oder Dritttjob angewiesen, gehen zu Tafeln und richten sich darauf ein, sich im Winter das Heizen nicht mehr leisten zu können. Gleichzeitig erleben wir, wie ein falscher Widerspruch zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit hergestellt und so das Ende des Monats gegen das Ende des Jahrzehnts ausgespielt wird. Ein Jahr nach der Bundestagswahl schauen wir auf eine Regierung, die auf diese dramatische Lage keine ausreichende Antwort findet.

Für uns bleibt klar: Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir setzen uns für humanitäre Hilfen während und nach dem Krieg, der Unterstützung der russischen Oppositionellen, die Aufnahme von Geflüchteten, militärische Unterstützung und das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die Hintertür ein. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach der Öffnung von Nordstream 2 oder der Laufzeitverlängerung der verbleibenden Atomkraftwerke Nebelkerzen. Wir brauchen günstige, erneuerbare Energie für alle, statt Hochrisikotechnologie und Abhängigkeit von autoritären Staaten!

Die Krise ist jetzt!

Studierende, Familien mit vielen Kindern, Rentner*innen, Grundsicherungsbezieher*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben immer weniger zum Leben bei immer höheren Kosten zur Lebenserhaltung. 40 Prozent der Erwachsenen haben kein Erspartes mehr, mit dem sie in der aktuellen Situation über die Runden kommen könnten. Und auch die zum 01. Oktober geltende Anpassung des Mindestlohns ist durch die

28 Inflation fast vollständig verpufft - dabei war dies eines der zentralen
29 Vorhaben der Ampel, um für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen.

30 Gleichzeitig befinden wir uns in einer Situation realer Gasknappheit. Für die
31 Gesellschaft hätte es dramatische Folgen, wenn unsere Energieversorgung
32 zusammenbrechen würde. Dadurch, dass unsere Energieversorgung privat und nicht
33 öffentlich organisiert ist, ergibt sich daraus die Notwendigkeit,
34 versorgungsrelevante Unternehmen zu retten.

35 Es ist aber aus unserer Sicht der falsche Weg, dafür eine komplizierte Gasumlage
36 auf den Weg zu bringen, anstatt die betroffenen Unternehmen über den Haushalt zu
37 unterstützen und dafür ein Mitspracherecht der öffentlichen Hand einzufordern.

38 Dass die Gasumlage kommt, liegt daran, dass die Ampel weiter daran festhält, die
39 Schuldenbremse einzuhalten.

40 Die Verluste von Unternehmen muss die Gesellschaft zahlen, aber die Gewinne
41 werden weiter privatisiert. Zu einem Zeitpunkt, in dem für viele unklar ist, wie
42 sie ihre Rechnungen in den nächsten Monaten bezahlen sollen, ist das nicht zu
43 erklären.

44 **Echte soziale Sicherheit? - Fehlannonce!**

45 Die Regierung hat ein 3. Entlastungspaket geschnürt, mit dem Lücken des alten
46 Pakets ausgebessert und einige notwendige Maßnahmen ins Spiel gebracht werden.

47 Es ist richtig, dass jetzt auch Studierende, Azubis und Rentner*innen
48 berücksichtigt werden, auch wenn 300 Euro im besten Fall nur bereits entstandene
49 Kosten ausgleichen. Dass es ein weiteres, vermeintlich großes Entlastungspaket
50 gibt, ist ein Ausdruck davon, dass der Druck auf die Regierung wächst: Immer
51 mehr Menschen machen ihrem Unmut Luft und fordern eine sozialere Politik ein.

52 Beim genaueren Hinschauen merkt man jedoch, dass die Maßnahmen sehr kompliziert
53 sind und es Monate dauern könnte, bis die weiteren Entlastungen bei den Menschen
54 ankommen.

55 Die vergangene Energiepauschale ist quasi schon aufgebraucht und eine
56 Neuauflage, um die kommenden Kosten abzufedern, sieht das Paket nicht vor. Es
57 ist dem Einsatz der Zivilgesellschaft rund um #9EuroWeiterFahren und anderen
58 Initiativen zu verdanken, dass sich die Ampel darauf geeinigt hat, ein
59 bundesweites Ticket einzuführen. Die Preisspanne ist für diejenigen, die gerade
60 jeden Cent umdrehen müssen, aber noch viel zu hoch.

61 Die Tafeln laufen über, die Preise steigen immer weiter - und die Menschen am
62 Existenzminimum sollen jetzt 50 Euro mehr ab dem nächsten Jahr bekommen. Das ist
63 ein Tropfen auf den heißen Stein.

64 Für die vielen Menschen mit geringem Einkommen, für Studierende und
65 Auszubildende, für Rentner*innen und Menschen in Grundsicherung, für
66 Beschäftigte mit geringem Einkommen bedeutet das, weiterhin mit der Unsicherheit
67 leben zu müssen, die eigenen Rechnungen nicht bezahlen zu können.

68 Die steigenden Preise für Energie, Sprit und Lebensmittel belasten große Teile
69 der Bevölkerung. Dass die Ampel sich sehr schwer damit tut, einen sinnvollen
70 sozialen Ausgleich zu finden, kommt nicht von ungefähr. Schon in den
71 Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen wurden jegliche neue
72 Finanzierungsspielräume wie die Aussetzung der Schuldenbremse oder die
73 Beteiligung von sehr Wohlhabenden am Gemeinwohl durch höhere Steuern
74 ausgeschlossen. Damit hat sie sich selbst der sozialen Grundlage geraubt, die
75 notwendig ist, um in Zeiten von Krisen für Sicherheit zu sorgen. Doch das muss
76 nicht so bleiben! Eine andere Krisenbewältigung ist möglich. Von einer
77 selbsternannten progressiven Regierung erwarten wir mehr. Das gilt auch für die
78 Grüne Partei: Den Status Quo zu verwalten, reicht längst nicht mehr aus.

79 **Krise? Solidarisch bewältigen!**

80 Die Regierung hinkt den steigenden Preisen hinterher. Das, was wir brauchen,
81 sind strukturelle Maßnahmen, die auch in der Zukunft wirken, sonst müssen wir in
82 wenigen Wochen das nächste Entlastungspaket schnüren. Der Unmut steigt. In immer
83 mehr Städten formieren sich Bündnisse, immer mehr Menschen wehren sich gegen
84 hohe Preise und niedrige Löhne. Die politische Rechte versucht derweil, die
85 Krise zu nutzen, um die Solidarität mit der Ukraine zu diffamieren und falsche
86 Widersprüche aufzumachen, um ihr rassistisches, spaltendes Gedankengut
87 salonfähig zu machen. Deswegen versuchen sie, progressive Demonstrationen
88 bewusst einzunehmen, um einen linken Sozialprotest zu verunmöglichen.
89 Vorgeschobene Distanzierungsversuche und Kriminalisierung von sozialem Protest
90 spielen den Rechten in die Hände.

91 Als Grüne Jugend kämpfen wir gemeinsam mit allen demokratischen progressiven
92 Kräften, die für eine solidarische Krisenbewältigung auf die Straße gehen. Denn
93 diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Diese
94 Krise muss sozial bewältigt werden. Um unsere Solidarität mit der Ukraine
95 aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen durch Krieg und Energiekrise
96 solidarisch verteilt werden.

97 Wir fordern:

- 98 • **Zielgerichtete Direktzahlungen** insbesondere für Azubis, Studierende,
99 Empfänger*innen von Sozial- und Transferleistungen, Renter*innen, Menschen
100 mit niedrigem Einkommen und Familien.

- 101 • **Die Umsetzung von einem Strom- und Gaspreisdeckel**, welcher die Preise für
102 den durchschnittlichen Verbrauch eines Haushalts begrenzt um
103 Verbraucher*innen von horrenden Gaspreisen zu entlasten.

104 • **Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und massive Investitionen in Bus und**
105 **Bahn!** So werden Pendler*innen zielgerichtete entlastet, mehr
106 gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht und es
107 wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
108 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität.

109 • **Höhere Löhne für alle!** Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren
110 Tarifverhandlungen. Als Grüne Jugend setzen wir uns weiter für einen
111 höheren, wirklich armutsfesten Mindestlohn ein.

112 • **Energieversorgung sichern!** Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien ist
113 der Grund für die steigenden Energiepreise. Der beste Weg, um eine
114 langfristige Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver
115 Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen keine weitere feste fossile
116 Infrastruktur in Form von festen LNG-Terminals, sondern einen
117 konsequenten, schnellen Gasaustieg bis 2035. Perspektivisch gehört die
118 Energieversorgung in die öffentliche Hand.

119 • **Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Grundsicherung ersetzen!**
120 Damit das neue Bürgergeld existenzsichernd ist, müssen die Regelsätze um
121 mindestens 200 Euro steigen, sanktionsfrei.

122 Egal ob das Sondervermögen oder der Abbau der kalten Progression: Wenn es
123 politisch gewollt ist, ist immer genug Geld da. Bei den Entlastungen für die
124 Menschen wird hingegen wieder gespart.

125 Wir fordern :

126 • **Eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure**, die übermäßig von den
127 gestiegenen Preisen und Krieg in der Ukraine profitiert haben. Mit den
128 gestiegenen Einnahmen müssen zielgerichtete Entlastungen finanziert
129 werden. Dies nur im Stromsektor zu beschließen, wie bisher von der Ampel
130 vorgesehen, reicht nicht. Wir setzen uns für die Ausweitung auf andere
131 Bereiche und die rückwirkende Erhebung ein.

132 • **Den Abbau und die sukzessive Streichung klimaschädlicher Subventionen.** So
133 schaffen wir mehr Möglichkeiten im Haushalt und leisten einen wichtigen
134 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.

- 135 • **Die Aussetzung der Schuldenbremse 2023!** Nur so sind die notwendigen
136 Ausgaben im Haushalt 2023 zu finanzieren. Ein weiteres Kaputtsparen der
137 Gesellschaft können wir uns nicht leisten.

138 Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Genug ist genug. In den nächsten Wochen und Monaten
139 werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen.

140 Die Grüne Partei ist mit dem Anspruch in die Regierung gegangen, nicht bloß den
141 Status Quo weiter zu verwalten, sondern positive Veränderungen für die
142 Gesellschaft zu erwirken. Jetzt muss es darum gehen, diesem Anspruch gerecht zu
143 werden. Denn ohne eine starke gemeinsame soziale Grundlage wird auch die
144 Bereitschaft für weitgehenden, notwendigen Klimaschutz sinken.

145 Deswegen sehen wir die Grüne Partei, Fraktion und Regierungsmitglieder in der
146 Verantwortung, sich dafür einzusetzen, dass die Ampel echte soziale Antworten
147 auf die Krisen der Zeit gibt.

148 Als Verband werden wir in den nächsten Monaten auf die Straße gehen. An unserer
149 Seite stehen viele, die es satt haben, dass Krisen auf ihrem Rücken ausgetragen
150 werden. Wir stehen Seite an Seite mit ihnen und zeigen, dass es einen anderen
151 Weg gibt: Solidarität statt Krisen!